

Verschärfte Institutionenkonkurrenz und neue organisationale Ungleichheiten durch Bachelor- und Master-Studiengänge?

Krücken, Georg

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Krücken, G. (2006). Verschärfte Institutionenkonkurrenz und neue organisationale Ungleichheiten durch Bachelor- und Master-Studiengänge? In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 1545-1553). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-144461>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Verschärfte Institutionenkonkurrenz und neue organisationale Ungleichheiten durch Bachelor- und Master-Studiengänge?

Georg Krücken

1. Einleitung

Die Stimulierung des Wettbewerbs ist ein zentrales Element der Thematik »Hochschulen auf dem Weg in den europäischen Bildungs- und Forschungsraum«. Dabei geht es um den Wettbewerb zwischen einzelnen Hochschulen, nationalen Hochschulsystemen sowie um den zwischen der Europäischen Union als Gesamtwettbewerber im Verhältnis zu anderen Systemen, insbesondere dem US-amerikanischen. Durch die mit dem so genannten Bologna-Prozess verbundene Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen (im Folgenden als BMS abgekürzt) erhöht sich die Institutionenkonkurrenz, der sich deutsche Universitäten ausgesetzt sehen, in zweierlei Hinsicht: Erstens wird durch die Schaffung eines europäischen Bildungs- und Forschungsraums das vor allem im 19. und 20. Jahrhundert wirkmächtige Konstrukt nationalstaatlicher Räume transzendiert. In der Folge stehen nun ausländische und inländische Universitäten in direkter Konkurrenz zueinander, da sie formal gleiche Abschlüsse vergeben. Dieser Aspekt wird insbesondere von Seiten der EU betont. Nicht minder bedeutsam ist, dass durch die Umstellung auf BMS die in unterschiedlichen Bildungsabschlüssen zum Ausdruck kommenden institutionellen Trennungen auf nationaler Ebene aufgehoben werden. Insbesondere Fachhochschulen, aber auch andere Anbieter (private Managementschulen, Berufsakademien etc.) konkurrieren nun auf demselben Terrain wie Universitäten und vergeben formal identische Abschlüsse. Dies erhöht den Wettbewerbsdruck auf Universitäten. Ihr letztlich in einer ständischen Ordnung begründeter Status als Spitze des tertiären Bildungssektors wird somit unterminiert.

Doch wie verhalten sich Hochschulen im Wettbewerb? Gegenwärtig wird diese Frage vor allem normativ behandelt. Formale ökonomische Modelle und hochschulpolitische Verlautbarungen konvergieren hinsichtlich der normativen Wünschbarkeit von Wettbewerb, ohne das reale Wettbewerbsverhalten von Hochschulen empirisch zu überprüfen. Zum Teil werden Markt und Wettbewerb ebenso mythisch überhöht wie Partizipation und Planung in den sechziger und siebziger Jahren. »Die entfesselte Hochschule« (Müller-Böling 2000) weist einen nicht minder hohen normativ-utopischen Argumentationsüberschuss auf als zuvor das Plädoyer

für die »Hochschule in der Demokratie« (Nitsch u.a. 1965). Die mit jedem Reformprozess verbundenen Unsicherheiten, Ambiguitäten und Zielkonflikte bleiben solchmaßen abgedunkelt. Aufgrund dieser unbefriedigenden Diskussionslage wurde ein soziologisches Forschungsdesign entwickelt, um das mit der BMS-Einführung verbundene Wettbewerbsverhalten von Universitäten empirisch zu untersuchen.

2. Untersuchungsdesign

Die im Folgenden skizzierte Untersuchung wird im Rahmen eines so genannten Lehrforschungsprojektes an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld durchgeführt (vgl. <http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/>). Seit dem Wintersemester 2003/04 arbeiten unter meiner Leitung insgesamt acht Studierende – Johanna Bunzmann, Lisa Hürter, Maja Kandzorra, Katharina Kloke, Juliana Körnert, Steffen Ludwig, Boris Podolšak und Yvonne Prill – an der Erforschung des Zusammenhangs zwischen dem Wettbewerbsverhalten von Universitäten und der Umstellung auf BMS. In der ersten Phase (Wintersemester 2003/04) wurden die relevanten theoretischen und methodischen Vorarbeiten geleistet.

Der Theorierahmen wird durch den soziologischen Neo-Institutionalismus gebildet, welcher der amerikanischen Organisationsforschung entstammt (vgl. DiMaggio/Powell 1991; Hasse/Krücken 2005). Die Grundannahme dieses Ansatzes besteht darin, dass sich das Verhalten von Organisationen (Unternehmen, öffentliche Verwaltungen, Krankenhäuser, Universitäten etc.) nicht als Ergebnis individuell-rationaler und autonomer Entscheidungsfindung rekonstruieren lässt, sondern nur, indem man die gesellschaftliche Umwelteinbettung von Organisationen berücksichtigt. Diese generellen Überlegungen wurden während der ersten Projektphase im Hinblick auf deutsche Universitäten und ihre Umwelten spezifiziert.

In methodischer Hinsicht wurden zunächst die geeigneten Erhebungs- und Auswertungsinstrumente festgelegt. Im Vordergrund sollten Leitfadenterviews mit Vertreterinnen und Vertretern von Hochschulen, Akkreditierungsagenturen, Organisationen der Hochschulpolitik und der Hochschulberatung stehen. Während die Auswahl der konkreten Organisationen aus den Bereichen der Akkreditierung, der Hochschulpolitik und der Hochschulberatung nahe liegend war, musste im Hinblick auf die Hochschulen eine Eingrenzung erfolgen. Diese bestand darin, ausschließlich Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen in den Blick zu nehmen. Die damit verbundene Ausklammerung von Universitäten anderer Bundesländer sowie von Fachhochschulen ist einerseits forschungspragmatisch begründet, da die zeitlichen, materiellen und personalen Ressourcen eine größere Erhebung

nicht zuließen. Andererseits konnte mit dieser Eingrenzung ein Sample von Hochschulen erhoben werden, das gemeinsamen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen unterliegt. Auch dies trägt zur Vergleichbarkeit der Interviewdaten bei.

Im Juni und Juli 2004 wurden insgesamt 28 Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern von 14 der 15 Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen, der sechs Akkreditierungsagenturen und des Akkreditierungsrates sowie acht Organisationen der Hochschulpolitik und der Hochschulberatung geführt. Die Interviews dauerten in der Regel ein bis anderthalb Stunden. Sie wurden auf Tonträger aufgezeichnet und später von den Interviewenden volltranskribiert. Unseren Interviewpartnern wurde Anonymität zugesichert. Zugleich wurde versucht, ihnen über die Projekt-Homepage ein Höchstmaß an Transparenz über unsere Vorgehensweise und den jeweiligen Zwischenstand zu ermöglichen. Die Auswertung des Interviewmaterials erfolgt entlang zuvor formulierter Hypothesen; sie orientiert sich an Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse. Mit Hilfe der Leitfäden und Hypothesen konnten analytische Kategorien gebildet werden, die es erlauben, das gesamte Material zu zerlegen und so fallübergreifend zu bearbeiten.

Darüber hinaus sollten in einem quantitativen Untersuchungsteil fünf organisationssoziologische Hypothesen (zu Größe, Alter, Status, Internationalität und Offenheit gegenüber Beratungsorganisationen) sowie zwei wissenschaftssoziologische Hypothesen (zu Herkunft und Alter der Disziplin) in einem multiplen Regressionsmodell getestet werden. Hier wurden im Gegensatz zum qualitativen Teil alle deutschen Hochschulen berücksichtigt. Ziel war es zu überprüfen, welche im Typus der Organisation sowie im Typus der Disziplin liegende Ursachen die sehr unterschiedlich ausgeprägte Neigung beeinflussen, die Umstellung auf BMS zu vollziehen. Wenngleich dieser Untersuchungsschritt ebenfalls noch nicht abgeschlossen ist, kann folgendes bereits jetzt festgehalten werden: Wie vermutet, hat das Alter eine negative Wirkung auf die Umstellung, obwohl sie nur schwach ist. Der Zusammenhang zwischen Größe und BMS ist nicht eindeutig. Die Größe einer Hochschule hat einen positiven Effekt, wobei sich dieser Effekt ins Negative umkehrt bei sehr großen Universitäten, das heißt solchen, an denen mehr als 30.000 Studierende immatrikuliert sind. Die angenommene Statusvariable trifft insofern zu, als »statushöhere« Universitäten die Umstellung auf BMS langsamer vollziehen als »statusniedrigere« Fachhochschulen. Entgegen unserer Annahme gibt es kein klares Kontinuum entlang des Technisierungsgrades einer Disziplin. Zwar stellen die Geisteswissenschaften erwartungsgemäß am langsamsten um; zwischen den Geistes- und Naturwissenschaften gibt es jedoch kaum einen Unterschied. Die Fächergruppe der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften liegt prozentual an der Spitze der Umstellungen, gefolgt von den Ingenieurwissenschaften.

In diesem Vortrag möchte ich erste, allerdings noch vorläufige Ergebnisse des qualitativen Untersuchungsteils vorstellen. Das Projekt wird im März 2005 abge-

schlossen sein. Auf der zuvor genannten Projekt-Homepage können sich dann die Einzelergebnisse und der Abschlussbericht angeschaut werden. Die Auswertung der Interviewdaten erfolgt hinsichtlich verschiedener Fragestellungen, nicht nur im Hinblick auf Fragen zum Wettbewerbsverhalten. Letztere stehen allerdings im Zentrum meiner nun folgenden Ausführungen. Im Rahmen des soziologischen Neo-Institutionalismus, der den theoretischen Hintergrund des Projektes bildet, sind dabei zwei Konzepte zentral: »organisationale Felder« und »Wettbewerbs-Sets«. Beide Konzepte werden kurz vorgestellt und am Fall illustriert.

3. Organisationale Felder

Zunächst zum Konzept »organisationaler Felder«, das auf den mittlerweile klassischen Beitrag der neo-institutionalistischen Organisationsforschung von Paul DiMaggio und Walter Powell von 1983 zurückgeht. DiMaggio und Powell vermuten, dass es in organisationalen Feldern zu Strukturangleichungsprozessen kommt, die von ihnen als institutionelle Isomorphie bezeichnet werden. Organisationale Felder setzen sich aus all den Organisationen zusammen, die neben der zu untersuchenden Organisation ihre relevante Organisationsumwelt bilden. Für Wirtschaftsorganisationen wären dies zum Beispiel konkurrierende Firmen, Zulieferer- und Abnehmerbetriebe sowie politisch-regulative Instanzen. Prozesse der Strukturangleichung (»Isomorphie«) vollziehen sich DiMaggio und Powell zufolge über drei Mechanismen: Zwang, normativer Druck und Mimese. Durch Zwang hervorgerufene Strukturangleichung wird durch staatliche Regulierungsinstanzen erzeugt. Man denke hier vor allem an rechtliche Vorschriften, denen Organisationen unterworfen sind. Normativer Druck entsteht insbesondere durch Professionen, etwa durch ärztliche Vereinigungen im Bereich des Gesundheitswesens, durch Ingenieure im Bereich technischer Standards oder durch Juristen im Bereich der Umweltregulierung. Mimese, das heißt, der Versuch, andernorts eingesetzte Problemlösungsmuster zu kopieren, bezieht sich auf die wechselseitige Beobachtung von Organisationen in einem organisationalen Feld. Mimese ist ein Angleichungsmechanismus, der vor allem unter Bedingungen hoher Unsicherheit zum Tragen kommt. Dabei orientieren sich Organisationen, die sich mimetisch verhalten, nicht nur aneinander, sondern auch an vermeintlichen Trendsettern im Feld, deren Problemlösungsmuster sie zu imitieren versuchen.

Versucht man die grundlegenden Überlegungen von DiMaggio und Powell für die Analyse unseres Falls einzusetzen, so ist eine Erweiterung vonnöten. Diese besteht darin, der Analyse ein breiteres Verständnis der in Strukturangleichungsprozessen wirksamen normativen Instanzen zugrunde zu legen. An die Stelle der auf

Professionen fokussierten Sicht bei DiMaggio und Powell werden hier nicht-staatliche externe Instanzen generell gefasst. Diese sind sowohl in der Form von Organisations- bzw. Unternehmensberatungen im organisationalen Feld »Hochschulpolitik« aktiv als auch in der Form von Akkreditierungsagenturen. Beratungs- und Akkreditierungseinrichtungen generieren gleichermaßen klare normative Richtlinien zur Unterscheidung zwischen angemessenen und weniger angemessenen Problemlösungsmustern.

Was kann man nun im Hinblick auf den hier untersuchten Fall zu den einzelnen Mechanismen und ihren Trägern sagen? Zunächst ist festzuhalten, dass alle drei Mechanismen von Relevanz sind. Dies war zu vermuten. Zu jedem der Mechanismen gibt es allerdings interessante Einzelergebnisse.

Erstens hätte man vermuten können, dass der staatliche Zwang eine vergleichsweise geringe Rolle spielt, denkt man nur an die generelle Diskussion um mehr Hochschulautonomie und »New Public Management« sowie an die Delegation von staatlichen Regulierungskompetenzen an Akkreditierungsagenturen. Aus Sicht der Interviewpartner ist dies jedoch keineswegs der Fall. Der Staat ist nach wie vor die zentrale Größe sowohl im organisationalen Feld »Hochschulen« generell als auch im Hinblick auf die spezifische Frage nach der Einführung von BMS. Das geht sogar so weit, dass die Frage nach anderen relevanten Organisationen lapidar wie folgt beantwortet wurde: »Auf jeden Fall das Ministerium, das für bestimmte Bereiche Vorgaben macht. Ja, das war's eigentlich.« Wenngleich diese Einschätzung sicherlich eine Extremposition darstellt, betonten auch andere Hochschulvertreter, dass es im organisationalen Feld vor allem darum geht, »zu gucken, gibt es von der Kultusministerkonferenz neue Vorgaben, neue Empfehlungen«. Konsequenterweise wird in der Mehrzahl der Fälle der Impuls zur Einführung von BMS der Politik zugeschrieben, denn »der Druck ist eigentlich auch immer von politischer Seite her der primäre gewesen« und »der ganze Prozess ist ja wirklich ein *top down*-Prozess gewesen«. Selbst wenn die Hochschulleitung als zentraler Akteur beschrieben wird, so wird diese auch hier nicht als unabhängige Entscheidungsinstanz betrachtet: »Die Initiative geht hier vom Rektorat aus. Und das Rektorat reagiert auf die Politik des Wissenschaftsministeriums. Da sind die Vorgaben ja ziemlich deutlich.« Nur in zwei Fällen wurde demgegenüber betont, dass die Universitäten selbst die Initiative zur Umstellung ergriffen hätten.

Nun zum zweiten Mechanismus und seinen Trägern. Normativer Druck wird durch Professionsvereinigungen, Beratungsorganisationen und Akkreditierungsagenturen ausgeübt. Von unseren Interviewpartnern wurden vor allem die Akkreditierungsagenturen als besonders relevant wahrgenommen, allerdings nicht im Sinne einer Substitution staatlichen Einflusses, sondern einer Ergänzung. Interessanterweise fanden andere normativ-regulierende Instanzen deutlich seltener Erwähnung. Hier ist nicht nur an Professionsvereinigungen und Beratungsorganisationen zu

denken, sondern auch an die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die ebenfalls mit Positionspapieren und Kriterienlisten Stellung zu BMS bezieht.

Wie ist makrosoziologisch die hohe Bedeutung von Akkreditierungsagenturen zu deuten? Auf den ersten Blick handelt es sich um einen klaren Fall von Kontextsteuerung im Sinne der zunehmenden Respektierung der Autonomie gesellschaftlicher Teilbereiche durch den Staat und die Stimulierung von Selbststeuerungsmechanismen und intermediären Instanzen. Das ist meines Erachtens jedoch nicht zutreffend, da, wie zuvor betont, der direkte Einfluss des Staates gerade im Fall der Einführung von BMS ganz erheblich ist. Zutreffender erscheint es mir, in der auf Dauer gestellten Evaluierung von Studiengängen durch Akkreditierungsagenturen einen Indikator für das zu sehen, was Michael Power (1997) als »audit society« bezeichnet hat, also eine Gesellschaft, in der mehr und mehr Bereiche in die öffentliche Rechenschaftspflicht einbezogen und mit standardisierten Verfahren transparent gemacht und evaluiert werden. Die besondere Rolle von Akkreditierungsagenturen würde ich darüber hinaus darin sehen, dass sie ganz im Sinne der neo-institutionalistischen »world polity«-Forschung (vgl. Meyer 2005) organisierte Akteure darstellen, die sich selbst durch die Orientierung an generalisierten Werten wie Transparenz, Fairness und Fortschritt auszeichnen. Hierdurch erhalten sie gesellschaftliche Legitimität. Im Gegensatz zu Akteuren, denen man primär das Verfolgen von Partikularinteressen unterstellt, werden sie somit zu wichtigen Beratungsinstanzen in der »audit society«.

Drittens sind mimetische Prozesse von Bedeutung. Während DiMaggio und Powell Mimese primär als wechselseitige Beobachtung des Verhaltens anderer ohne Kommunikation verstehen, finden in unserem Fall mimetische Prozesse stärker in institutionalisierten Zusammenhängen statt, in denen Kommunikation und der direkte Erfahrungsaustausch von hoher Bedeutung sind. Hier ist zum Beispiel an die Landesrektorenkonferenz und die Hochschulrektorenkonferenz zu denken. Darüber hinaus gibt es direkte Verhaltensabstimmungen, zum Beispiel im Bereich der Ruhr-Universitäten und der »ABC«-Universitäten, die Aachen, Bonn und Cologne/Köln umfassen. Ein interessanter Fall der Verhaltensabstimmung zwischen Universitäten stellt auch die »TU 9«-Initiative großer und reputationsstarker technischer Hochschulen (RWTH Aachen, TU Berlin, TU Braunschweig, TU Darmstadt, TU Dresden, Universität Hannover, Universität Karlsruhe, TU München und Universität Stuttgart) dar. Diese Hochschulen, die lange die Umstellung auf BMS mit dem Verweis auf die weltweite Anerkennung des deutschen Abschlusses »Diplom-Ingenieur« verweigert haben, sind mittlerweile umgeschwenkt und versuchen, über die Organisation von fächerspezifischen Workshops zu Bachelor- und Master-Studiengängen die Entwicklung gemeinsamer Standards voranzutreiben. Es ist zu er-

warten, dass sie damit als Trendsetter für andere Hochschulen und möglicherweise auch andere Fachbereiche fungieren werden.

Versucht man diese Ergebnisse im Hinblick auf die übergreifende Fragestellung der Untersuchung zu verdichten, so fällt zunächst die enorme Dynamik auf, die der Prozess der Umstellung auf BMS innerhalb nur kurzer Zeit gewonnen hat. Die Überlegung, dass »wichtige Gründe für eine Beibehaltung der bewährten Diplomabschlüsse auch über das Jahr 2010 hinaus sprechen«, wie die KMK in ihren »10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland« noch im Juni 2003 formulierte (KMK 2003: 3), klingt weniger als zwei Jahre später bereits anachronistisch. Das hohe Tempo, in dem sich der Umstellungsprozess vollzieht, vermag angesichts des allseits beklagten Strukturkonservatismus deutscher Universitäten zu erstaunen. Erklären lässt es sich jedoch, wenn man die Einbettung von Universitäten in einem organisationalen Feld berücksichtigt. Hier finden rasche Diffusionsprozesse statt, die ohne die hohe Vernetzung der beteiligten Organisationen untereinander nicht möglich wären. Versucht man zentrale Mechanismen und Akteure in diesem Prozess zu identifizieren, so fällt auf, dass es hier allerdings weniger um mimetische Prozesse zwischen strukturell gleichartigen Organisationen geht, wie in neo-institutionalistischen Untersuchungen zumeist herausgestellt wird (vgl. Mizuchi/Fein 1999). Vielmehr sind direkte staatliche Vorgaben von zentraler Bedeutung.¹ Indem die Umstellung auf BMS durch politische Vorgaben forciert wird (»top down«), geht es im Gegensatz zur grundlegenden Vermutung unserer Untersuchung nicht in erster Linie um Fragen des Wettbewerbs zwischen Universitäten, das heißt um erwartete Wettbewerbsvorteile durch die »bottom up«-Einführung als innovativ geltender Strukturen bzw. erwartete Wettbewerbsnachteile durch den Verzicht hierauf. Damit tritt auch die Frage nach neuen organisationalen Ungleichheiten durch Wettbewerbsverhalten etwas in den Hintergrund.

4. Wettbewerbs-Sets

Die von der neo-institutionalistischen Organisationsforschung stark betonten mimetischen Prozesse finden sich auch in dem Konzept so genannter »Wettbewerbs-Sets«. Dieses Konzept wurde 1995 in einer Studie von Theresa Lant und Joel Baum zum Hotelgewerbe in Manhattan entwickelt. Forschungsleitend ist hier die Vermu-

¹ Während der Erhebungsphase gingen unsere Interviewpartner noch davon aus, dass im betreffenden Bundesland Nordrhein-Westfalen schon ab dem Wintersemester 2005/06 Neueinschreibungen in traditionelle Studiengänge rechtlich nicht mehr möglich seien. Mit der am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Novellierung des Landeshochschulgesetzes wurde die Frist um zwei Jahre verlängert.

tung, dass Konkurrenz die Wahrnehmung von Ähnlichkeiten zwischen organisationalen Akteuren sowohl voraussetzt als auch vorantreibt. Bezogen auf ihren Fall identifizieren Lant und Baum drei Schlüsselvariablen, anhand derer Hotelmanager Ähnlichkeiten einschätzen: Größe, Preis und Standort. Diese Schlüsselvariablen bestimmen Lant und Baum zufolge die Zugehörigkeit zu so genannten Wettbewerbs-Sets. Andere Angehörige des Sets, in dem man sich lokalisiert, werden demnach als unmittelbare Konkurrenten wahrgenommen und intensiv beobachtet.

Das von den Autoren herausgestellte Wettbewerbsverhalten ist deshalb so interessant, weil es gerade nicht dem der ökonomischen Theorie entspricht. Die Preis-/Leistungsgestaltung orientiert sich hier nicht an der Nachfrageseite, das heißt den Kunden. Wenn überhaupt, reagieren Kunden auf Veränderungen im Preis-/Leistungsverhältnis zu träge, um damit für die Preisbildung relevante Signale auszusenden. Unter dem hohen Konkurrenzdruck ist die wechselseitige Beobachtung und Imitation auf der Anbieterseite folglich nahe liegend. Die Verortung in spezifischen »Wettbewerbs-Sets« dient als Vergewisserungsstrategie für Wettbewerbsverhalten in einer undurchsichtigen und unüberschaubaren gesellschaftlichen Umwelt.

Für den Fall der Institutionenkonkurrenz im Hochschulbereich und den hieraus resultierenden organisationalen Ungleichheiten sind diese Überlegungen und Ergebnisse von hoher Relevanz. Universitäten verorten sich nicht abstrakt »im Wettbewerb«, sondern in konkreten »Wettbewerbs-Sets«, in denen nur ein Bruchteil anderer potenzieller Anbieter von Bildungsgütern vertreten ist. Generell gilt, dass Wettbewerber vor allem auf der regionalen Ebene wahrgenommen werden. Die Aussagen hierzu waren allerdings sehr heterogen. Zudem wurde deutlich, dass der Wettbewerb zwischen Hochschulen nicht nur auf der Ebene der Gesamtorganisation stattfindet, sondern auch auf der Ebene einzelner Fächer und Disziplinen. Hier bestehen zum Teil erhebliche Disparitäten und Ungleichgewichte innerhalb einzelner Universitäten, die, so auch die Vermutung zahlreicher unserer Interviewpartner, sich zunehmend verschärfen werden. Das Thema »Wettbewerb und Ungleichheit« ist also sowohl inter- als auch intraorganisational von hoher Relevanz.

Besonders auffällig ist, dass der Wettbewerb um Studierende auf Seiten der Hochschulen gegenüber dem Wettbewerb um Ressourcen und Kapazitäten im Bereich der Forschung von geringerer Bedeutung ist. Veränderungen des hochschulischen Leistungsangebots an Studiengängen sind, so unsere allerdings noch nicht abgeschlossene Analyse, nicht auf das Nachfrageverhalten unorganisierter Einzelner – der Studierenden, die zudem in der Regel heimatnah studieren und die deshalb in ihrem Verhalten nur begrenzt als flexibel reagierende Nachfrager zu verstehen sind – rückführbar. Da die direkte Beobachtung der Nachfrageseite zu aufwändig ist, bleiben Nachfrager stets imaginär. Als »Abkürzungsregel« bieten demgegenüber das Verhalten anderer Organisationen »im Feld« sowie breitere kulturelle »frames« relevante Anhaltspunkte für organisationale Entscheidungen. Die

Einführung von Studiengebühren – eines der gegenwärtig großen Themen in Deutschland im Hinblick auf »Hochschulen auf dem Weg in den europäischen Bildungsraum« – wird an dieser grundlegenden Entscheidungsheuristik vermutlich wenig ändern. Aus wirtschafts- und organisationssoziologischer Sicht gilt auch in realen Marktsituationen, dass die Nachfrageseite vor allem über die Beobachtung des Verhaltens anderer Anbieter erschlossen wird. Ganz im Sinne des Wirtschaftssoziologen Harrison White (1981) wäre also auch unter Bedingungen verschärfter Institutionenkonkurrenz zu vermuten, dass der Markt einen Spiegel darstellt, hinter dem die Nachfrageseite verborgen bleibt, der es aber den einzelnen Wettbewerbern erlaubt, sich wechselseitig wahrzunehmen und hierauf bezogene Strategien zu entwickeln.

Literatur

- DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. (1983), »The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields«, *American Sociological Review*, Jg. 48, S. 147–160.
- Hasse, Raimund/Krücken, Georg (2005²/1999), *Neo-Institutionalismus*, 2., erweiterte und überarbeitete Auflage. Mit einem Vorwort von John Meyer. Bielefeld.
- KMK (2003), *10 Thesen zur Bachelor- und Master-Struktur in Deutschland. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.06.2003*, Bonn.
- Lant, Theresa K./Baum, Joel (1995), »Cognitive Sources of Socially Constructed Competitive Groups«, in: Scott, Richard/Christensen, Søren (Hg.), *The Institutional Construction of Organizations*, Thousand Oaks, S. 15–38.
- Meyer, John W. (2005), *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*, hg. und eingeleitet v. Georg Krücken, Frankfurt a.M.
- Mizruchi, Mark S./Fein, Lisa C. (1999), »The Social Construction of Organizational Knowledge: A Study in the Use of Coercive, Mimetic, and Normative Isomorphism«, *Administrative Science Quarterly*, Jg. 44, S. 653–683.
- Müller-Böling, Detlef (2000), *Die entfesselte Hochschule*, Gütersloh.
- Nitsch, Wolfgang/Gerhardt, Uta/Offe, Claus/Preuß, Ulrich K. (1965), *Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität*, Berlin.
- Powell, Walter W./DiMaggio, Paul J. (Hg.) (1991), *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago/London.
- Power, Michael (1997), *The Audit Society. Rituals of Verification*, Oxford.
- White, Harrison C. (1981), »Where Do Markets Come From?« *American Journal of Sociology*, Jg. 87, S. 517–547.